

ANDY MURRAY, WICHTIGSTER HERAUSFORDERER ROGER FEDERERS IN LONDON

Ein Schotte, zum Wimbledon-Sieg verurteilt

Von René Stauffer, Wimbledon

Das Leben kann ziemlich einfach sein, selbst für einen, von dem ein sportverrücktes Volk einen Erfolg erwartet, wie er seit 1936 keinem Landsmann mehr geglückt ist. Andy Murray, 22, weiss, dass auf den britischen Inseln alle erwarten, erhoffen, erleben, ersehnen und am liebsten erzwingen würden, dass er in 13 Tagen der erste einheimische Wimbledonssieger seit Fred Perry vor 73 Jahren wird – dies umso mehr, als der verletzte Rafael Nadal gar nicht mitspielen kann und Roger Federer, der Favorit, gegen ihn die letzten vier Spiele alle verloren hat. Doch Murray schert sich nicht darum.



In seiner nonchalanten und selbstsicheren Art bemerkte er am Samstag: «Entweder kannst du mit solchen Dingen umgehen oder nicht. Ich kann es. Ich lasse mich durch diesen ganzen Hype nicht verrückt machen, indem ich Zeitungen lese oder darauf höre, was alle sagen.» Letztlich mache es keinen Unterschied, ob jemand glaube, er könne gewinnen oder nicht, so Murray.

Schon 2005 entstand der Begriff «Murraymania» für den grenzenlosen, an Pop- und Rockstars erinnernden Rummel um ihn. Damals war der schlacksige Jungstar in Wimbledon aus dem Nichts in Runde 3 gestürzt. Das Interesse an seiner Person ist seither stetig gewachsen und erreicht nun einen neuen Höhepunkt.

Dass er Wimbledon gewinnen kann, daran glaubt er aber auch selber. «Ich denke, ich habe eine Siegeschance, wobei ich mir bewusst bin, wie schwieriges es

wird.» Sein Team werde ihm helfen, sich nicht ablenken zu lassen. Im Gegensatz zum Schweizer Eishockey-Nationaltrainer Ralph Krueger glaubt Murray auch nicht an einen Heimnachteil. Es sei doch, wie in allen Sportarten, ein riesiger Vorteil, vor eigenem Publikum antreten zu könne, 15 000 Zuschauer hinter sich zu wissen.

Murray hat zweifellos neben den richtigen Händen und Beinen auch den richtigen Kopf, um die Tennisnation Grossbritannien aus der Grand-Slam-Dürre zu erlösen. Er lässt, genau wie Federer, alles abperlen, was nicht von Nutzen sein könnte, ist durch nichts zu beeindrucken. Wie sollte er auch, wo er doch 1996 als Achtjähriger miterlebte, wie beim Schulhausmassaker in Dunblane 16 Mitschüler getötet wurden?

Zugute kommen dürfte dem Weltranglistendritten auch, dass er kein Engländer ist, sondern ein Schotte. Inzwischen hütet er sich – wohl auch aus marketingtechnischen Überlegungen – zwar vor Sticheleien, nachdem er an der Fussball-WM 2006 noch gesagt hatte, er sei für jedes Team, das

gegen England spiele. Dennoch erweckt er immer noch den Eindruck, dass er dem Treiben der Engländer weitgehend unbeteiligt und distanziert gegenübersteht.

Gesteuert wird Andy Murrays Karriere von seiner Mutter Judy, einer Tennislehrerin, die ihn zwischen seinem 15. und 17. Lebensjahr in Spanien trainieren liess. Murray hat sich stetig verbessert und scheint nunmehr tatsächlich reif für den letzten grossen Schritt. In den vergangenen zwölf Monaten hat er 7 seiner 12 Turniersiege errungen und am US Open auch seinen ersten grossen Final erreicht (und gegen Federer verloren).

Obwohl 1995 verstorben, trägt auch Fred Perry ungewollt zur Murraymania bei. Der letzte britische Sieger eines Grand-Slam-Turniers kam vor genau hundert Jahren zur Welt und ist der Schöpfer einer Kleiderlinie, die auch Murray verwendet. Speziell für Wimbledon wurde eine neue Kollektion im Retrolook kreiert. Auch das sehen viele Briten als Zeichen: 2009 muss einfach Murrays Jahr sein.

EINE NEUE WELTWEITE LEITWÄHRUNG IST NICHT IN SICHT

Wo, bitte, ist die Alternative zum Dollar?

Von Philipp Löpfle

Chinas Premierminister Wen Jiabao und Notenbankchef Zhou Xiaochuan haben sich mehrfach kritisch über den Dollar geäussert. Letzte Woche hat nun auch der russische Präsident Dmitri Medwedew in den Chor jener eingestimmt, die den Dollar als zentrale Reservewährung anzweifeln. Mehr noch, er äusserte seine Kritik ausgerechnet an einer Konferenz von Vertretern der wirtschaftlichen Herausforderer der USA, der sogenannten Bric-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China). Ist der Dollar als globale Leitwährung in Gefahr?

Schlicht zu wenig Gold

Die Antwort lautet: Nein, und die Begründung dafür ist lapidar: Es gibt schlicht keine Alternative. Eine Rückkehr zum Goldstandard? Undenkbar, ein solches System wäre viel zu unständlich, um die komplexe Finanzwelt des 21. Jahrhunderts zusammenzuhalten (zudem gäbe es dafür viel zu wenig Gold). Eine globale Währung à la Euro? Prima Idee, aber wir werden es leider nicht mehr erleben. Euro und Renminbi als zusätzliche Leitwährungen? Der Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch zu schwach. Die chinesische Währung wiederum ist noch nicht einmal frei konvertierbar. Der Dollar hingegen ist nicht nur die

Währung der mit Abstand grössten Volkswirtschaft der Welt (und der mit Abstand stärksten Militärmacht), er ist auch die weitaus wichtigste Reservewährung: Gemäss Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind derzeit 65 Prozent aller weltweiten Reserven in Dollar angelegt.

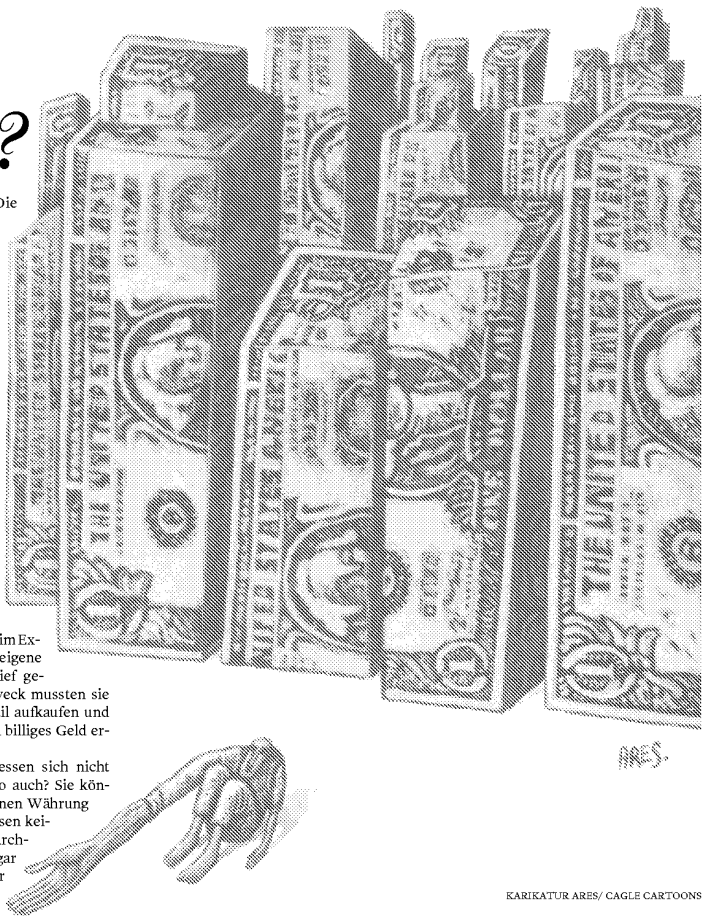
Sind somit Jiabao und Medwedew Maulhelden? Nicht nur, die beiden haben ein ernsthaftes Problem. Nämlich: Wer der Bank 10 000 Franken schuldet, ist bekanntlich in Schwierigkeiten. Wenn er aber der Bank 10 Millionen Franken schuldet, dann sitzt die Bank in der Tinte. Genau so ist die Lage zwischen den USA einerseits, Russland und China andererseits. Nur viel dramatischer: Russland hat derzeit Dollar-Devisenreserven in der Höhe von rund 400 Milliarden, bei China sind es gar mehr als 2000 Milliarden. Die USA schulden den beiden riesige Beträge, und dieses Vermögen verliert rasant an Wert. Seit Anfang Mai ist der Dollar-Index um knapp elf Prozent gefallen. (Dieser Index gibt den Kursverlauf gegenüber den Währungen der sechs wichtigsten Handelspartner der USA wieder). Russland und China müssen also hilflos zuschauen, wie ihr Ersparnis schmilzt wie Schnee in der Frühlingssonne. Kein Wunder, werden Medwedew und Jiabao nervös.

Schuldenmacher Amerika

Schuld am rasanten Wertverlust des Dollars ist die gewaltige Verschuldung

der Amerikaner. Die USA werden allein heuer neue Schulden in der Höhe von 2500 Milliarden Dollar aufnehmen. Das verunsichert die Investoren und schwächt den Wert des Greenback. Deswegen wird auch immer wieder die hemmungslose Verschwendungssucht der Amerikaner angeprangert. Das ist allerdings heuchlerisch. Die Welt hat bis zum Ausbruch der Finanzkrise sehr gut mit dieser Verschwendungssucht gelebt. Länder wie China haben in den letzten Jahren ihr Heil im Export gesucht und ihre eigene Währung künstlich tief gehalten. Zu diesem Zweck mussten sie Dollars im grossen Stil aufkaufen und haben damit den USA billiges Geld ermöglicht.

Die Amerikaner liessen sich nicht zweimal bitten. Wieso auch? Sie können sich in ihrer eigenen Währung verschulden und müssen keinen Staatsbankrott fürchten. Und schon gar nicht den IWF oder Chinas Notenbank.



KARIKATUR ARES/ CAGLE CARTOONS

COUCHEPIN-NACHFOLGE

Weniger Bundesrats-Wahlkrimi wäre besser

Von Patrick Feuz

Die Diskussion über die Couchepin-Nachfolge verläuft erstaunlich salopp. Für den frei werdenden FDP-Bundesratsplatz bringen sich frisch auch CVP-Politiker ins Spiel. Ob die FDP oder CVP zu Recht Anspruch auf den Sitz erhebt, fragt kaum jemand. Grundsätzliche Überlegungen zur parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats sind schon gar nicht zu vernehmen. Stattdessen jonglieren Medien und Öffentlichkeit munter mit den Namen möglicher Kandidaten.

Ähnlich locker wird das Gebot gehandhabt, Rücksicht auf welsche Sensibilitäten zu nehmen: Vor allem Deutschschweizer Kommentatoren finden es in Zeiten der Globalisierung lächerlich, wenn manche Romands da-

rauf beharren, dass ein Deutschfreiberger wie CVP-Ständerat Urs Schwaller kein echter Vertreter der Westschweiz sei.

Wahl wird zur Lotterie

Wenn parteipolitische und sprachregionale Ansprüche so stark ins Rutschen geraten, werden Bundesratswahlen zur Lotterie. Unberechenbare Verhältnisse verschärfen die Tendenz, dass die Parteien nicht die Besten vorschlagen, sondern Kandidaten präsentieren, die den Launen des Moments am besten entsprechen. Stabile Sitzansprüche dagegen erlauben es den Parteien eher, ihr Bundesratspersonal nach Eignung und Talent auszuwählen. Zudem lassen sich gute Leute leichter zu einer Kandidatur bewegen, wenn die Wahlchancen einigermaßen abschätzbar sind.

Doch eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen ist schwierig. Die Wähleranteile sind in Bewegung. Mit 15,6 Prozent ist die FDP bei den Wahlen 2007 praktisch auf Niveau der CVP (14,6 Prozent) gesunken. Mit der Einverleibung der Liberalen hat sie sich zwar seither um 1,8 Prozentpunkte verstärkt und in der Bundesversammlung wieder einen Sitz Vorsprung auf die CVP herausgeholt. Doch der Trend spricht gegen die Freisinnigen.

Die CVP wiederum plustert sich auf, indem sie das Gewicht ihrer Fraktionspartnerin EVP (2,4 Prozent) und Grünliberale (1,4) in die Waagschale wirft. Doch möglicherweise suchen die Grünliberalen nach einem weiteren Wählerfolg 2011 das Heil in einer eigenen Fraktion, um sich schärfer zu profilieren. In anderen Worten: In der Mitte bleibt es so oder so schwierig, sauber zu definieren, wer zwei Bun-

desratssitze haben soll. Zusätzliches Unruhepotenzial zeichnet sich links ab: Wenn die SP 2011 weiter verliert und die Grünen weiter zulegen, stellt sich die Frage, ob die SP einen ihrer Sitze an die Grünen abtreten soll.

Wie den Zufall eindämmen?

Die unübersichtliche Lage ruft also auch mit Blick ins linke Feld nach neuen Regeln, um die Macht des Zufalls einzudämmen. Gelingt dies nicht, verwandelt sich unsere Proporzregierung früher oder später zwangsläufig in eine Koalitionsregierung: Gestützt auf ein gemeinsames Programm, bilden einzelne Parteien für vier Jahre eine Regierung und verteilen untereinander die Sitze. Andere sind draussen und warten auf ihre Chance. Eine Katastrophe wäre das zwar nicht. Die kurze Ära der selbstdeklarierten SVP-Oppo-

sition nach Christoph Blochers Abwahl hat gezeigt, dass eine ausgeglichene Partei nicht genug Referendumskraft zur permanenten Sabotage hat. Allerdings erhöht die Möglichkeit des Regierungswechsels den Druck, sich mit populistischen Versprechen zu profilieren, und verschärft das politische Klima. Die Qualität der Politik wird so nicht besser, im Gegenteil.

Man müsste deshalb versuchen, das heutige System zu retten. Denkbar wären Sitzwechsel im Rotationsprinzip. Für die Mitte würde dies heissen: Einmal hat die FDP zwei Sitze und einmal die CVP. Demnach dürfte die FDP den Couchepin-Sitz behalten und die CVP würde 2011 den Sessel des Freisinnigen Hans-Rudolf Merz erben, der nicht mehr kandidieren will. Mit solchen Deals liesse sich verhindern, dass künftig jede Bundesratswahl zum Wahlkrimi wird.